20. Wahlperiode

Drucksache **20/7183**

HESSISCHER LANDTAG

13.01.2022
HHA

Änderungsantrag

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Keine staatliche Förderung von Start-ups**

Einzelplan **07** **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 05 Allgemeine Bewilligungen Wirtschaft und Technologie
Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer lt. Leistungsplan 9

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderung innovativer Unternehmensgründungen (Start-ups)

Leistungsplan:

	von	Veränderung um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	1.030,0	-1.030,0	0,0
Eigene Erlöse	0,0	0,0	0,0
Produktabgeltung	1.030,0	-1.030,0	0,0

Verpflichtungsermächtigungen: **Beträge in EUR**

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel	**von**	**um**	**auf**
Verpflichtungsermächtigungen 2023	150.000	-150.000	0
Verpflichtungsermächtigungen 2024	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen 2025	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen 2026	0	0	0
Gesamtverpflichtung	150.000	-150.000	0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Förderung von Unternehmensgründungen ist ein originärer und – bei richtiger Ausgestaltung – unterstützenswerter Teil der Wirtschaftsförderung. Die Förderung von Projekten zur Förderung von Gründungen als Mittel zum Zweck jedoch nicht, da diese notwendigerweise in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Angeboten oder den Verbänden und Kammern treten, die – auch dank der finanziellen Landesförderung – den Start-ups zugänglich sind.
Die als Ziel formulierte „Information, Beratung, Qualifizierung und Vernetzung“ kann sich nur auf generische Fragestellungen und beispielsweise den Umgang mit der überbordenden Bürokratie beziehen, aber niemals auf das Kerngeschäft selbst, denn sonst wäre es nicht innovativ.
Das Land Hessen sollte daher alle Möglichkeiten zur Vereinfachung und Entbürokratisierung ausschöpfen, anstatt „Bürokratiebewältigungsbürokratie“ aufzubauen. Daher beantragt die Fraktion der AfD im Hessischen Landtag die Kürzung der Mittel.

Eingegangen am 13. Januar 2022 · Ausgegeben am 13. Januar 2022
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Wiesbaden, 12. Januar 2022

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou

Eingegangen am 13. Januar 2022 · Ausgegeben am 13. Januar 2022
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de